

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 49 (1955)

Heft: 8

Artikel: Weltrundschau : Ende des Kalten Krieges? ; Konsequenzen ziehen! ; China lebt gesünder ; Die neue Volksbildung ; Die Befreiung der Frau ; Warum Kommunismus? ; Demokratie und Diktatur ; China und die Welt

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140017>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und manche aufschlußreiche Zusammenhänge, Überlegungen und Einsichten objektiv darzustellen. Hier sehen wir die Tendenz des Buches. Es leistet uns für die Erkenntnis der treibenden Grundkräfte Amerikas insofern einen wirklichen Dienst, als wir davor behütet werden, die amerikanischen «Ideale» allzu direkt mit der amerikanischen Wirklichkeit zusammen zu schauen. Prof. Matthias zeigt im Gegenteil sehr deutlich – und die Geschichte und unsere Gegenwart bestätigen es weithin –, daß die Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit in wenigen Ländern so tief ist wie in Amerika. Anstelle der echten Macht der Ideale kommt es so immer wieder in entscheidenden Augenblicken der Geschichte der amerikanischen Beziehungen zur übrigen Welt zu einer *Führung* der amerikanischen Geschäfts-, Macht- und Gewalttendenzen, die für wirkliche Lösungen der Weltprobleme sich auf die Dauer als unfähig erweisen, so wie es unter anderem die zehn Jahre Kalter Krieg nach dem Tode Roosevelts (der auf seine Weise das echte Ideal zu vertreten suchte) zeigen. Die jüngsten Ereignisse haben den Fehlschlag dieser Politik aufs deutlichste erwiesen.

Es bleiben uns einige Fragen, darunter diese: ob der von dem ursprünglichen Puritanertum und Quäkertum, überhaupt von den christlichen Impulsen getragene Einfluß in Amerika nicht stärker, tiefer und nachhaltiger war, als es der Verfasser des Buches darstellt. Auf dieser Linie würde sich dann doch wohl auch eine Hoffnung und Verheißung für Amerika öffnen, dessen tragischer Bruch zwischen Idee und Wirklichkeit nicht das letzte Wort sein müßte. Hier mündet das amerikanische Problem mit seiner spezifischen Art in das Problem einer Erneuerung der Völkerwelt überhaupt ein. Echte Freunde des amerikanischen Volkes (wie übrigens aller andern Völker auch) werden ihr Denken und Sinnen darauf richten, durch Wahrheitsdienst hinzuweisen auf die Verantwortung für die tatsächliche Verwirklichung der menschlichen Ideale. Von einem Amerika, das seine Kräfte und Energien, von neuem und verantwortungsvollem Geist getrieben, in dieser Beziehung entfaltete, möchten wir Verheißungsvolles erhoffen.

WELTRUNDSCHAU

Ende des Kalten Krieges! Das große Ereignis der Berichtszeit war natürlich die Genfer Konferenz der vier Staatsoberhäupter. Das Weltecho auf ihre Beschlüsse war zunächst fast überwältigend freundlich, zum Teil sogar begeistert; inzwischen ist freilich ein gewisser Rückschlag eingetreten, und es wird mit auffälliger Beflissenheit vor allen «Illusionen» gewarnt, die sich an

Genf heften könnten. Es ist daher angezeigt, sich vor allen Dingen zu fragen: Was ist eigentlich in Genf geschehen?

Um es kurz zu sagen: Dies ist geschehen, daß bei der obersten Staatsführung der «vier Großen» – Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion – endlich die Einsicht durchgedrungen ist: *Krieg und Kriegsdrohung* als Mittel der Politik scheiden in Zukunft im Hinblick auf die neuen Massenvernichtungswaffen *völlig aus*, infolgedessen ist gutwillige *Verständigung* über die trennenden Streitfragen – also «Koexistenz» – die einzige verbleibende Möglichkeit, sollen nicht in einem dritten Weltkrieg Ost und West und Mitte gemeinsam untergehen.

Wie zu erwarten war, stritt man sich zwar auch in Genf zunächst über die bekannten Differenzpunkte des langen und breiten herum, vor allem über die Deutschland-, die Sicherheits- und die Abrüstungsfrage. Die Westmächte verlangten wiederum die glatte Zustimmung der Sowjetunion zu gesamtdeutschen Wahlen in der Überzeugung, daß daraus die Annexion Ostdeutschlands durch die Bonner Republik und der Anschluß eines geeinigten Deutschlands an den westlichen Militärblock hervorgehen werde. Die Russen ihrerseits wiederholten, sie seien zur Ermöglichung eines geeinten Deutschlands sofort bereit, wenn sie nur die Sicherheit hätten, daß ein aufgerüstetes Gesamtdeutschland nicht die Westmächte in ein Gewaltabenteuer hineinziehen werde, dessen Ziel die Niederreißung der Oder-Neiße-Grenze, die Zurückgewinnung der an Polen, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei verlorenen deutschen Provinzen und überhaupt der Umsturz der ganzen gegenwärtigen Machtverhältnisse in Osteuropa wäre. Ihre Lösung war darum: Zuerst kollektive Sicherheit, dann (oder gleichzeitig) Einigung Deutschlands und Abrüstung.

Es war klar, daß auf dieser Grundlage nicht ersprießlich weiterdiskutiert werden konnte, weder im Kreise der Außenminister, die beauftragt waren, Richtlinien für spätere Verhandlungen aufzustellen, noch unter den Staatschefs selber. Da entschloß sich Präsident Eisenhower – wie man hintendrein aus dem Munde des französischen Ministerpräsidenten Faure vernahm – zu einem Entgegenkommen, das die Konferenz vor dem Versagen rettete. Nachdem er die ihm vom amerikanischen Senat ausdrücklich mitgegebene Forderung, die Sowjetunion müsse «ihre Satelliten freigeben», sang- und klanglos hatte fallen lassen, und nachdem er bereits vorgeschlagen hatte, Amerika und die Sowjetunion sollten beide ihren Luftraum zur Photographierung der gegenseitigen Rüstungsanlagen öffnen (eine Idee, die in Amerika selbst von ernster Seite als bloße Propaganda bezeichnet wurde), ging er einen Schritt weiter und setzte eine Formulierung des Schlusscommuniqués der Konferenz durch, die unverkennbar die Sicherheitsfrage, im sowjetischen Sinn, in den Vordergrund und die deutsche Frage in den Rahmen eines allgemeinen Sicherheitsabkommens hinein-

stellte. Das machte den Weg für eine grundsätzliche Einigung der vier Staatschefs und für den Auftrag an die Außenminister frei, für den Oktober eine neue Konferenz zur Lösung der Sachfragen gemäß den in Genf gezogenen Linien vorzubereiten.

Die Weltmeinung hatte vollkommen recht, wenn sie dieses Ergebnis als einen fast kaum mehr erhofften Fortschritt, ja als den *Anfang vom Ende des Kalten Krieges* empfand. Und man wird es uns nicht verdenken, wenn wir – die Gegner jeglicher Gewaltlösung für den West-Ost-Konflikt – darüber keine geringe Genugtuung empfinden. Jahre- und jahrelang hat ein kleines Häuflein von Menschen in allen Ländern des Westens, allen Anfeindungen und Verketzerungen zum Trotz, daran festgehalten, daß es selbstmörderischer Widersinn sei, den Kommunismus durch Gewalt und Gewaltdrohung, durch immer höhere Kriegsrüstungen und immer umfassendere Militärbündnisse unschädlich zu machen. Wir haben insbesondere immer wieder festgestellt, daß die Herstellung der Atom- und der Wasserstoffbombe auch durch die Russen die berühmte «Politik der Stärke» – den Versuch, durch Einschüchterung die Sowjetunion zur Kapitulation zu zwingen – ein für allemal zum Scheitern verurteilt habe. Vielleicht darf ich doch daran erinnern, was ich selbst schon im Oktober 1949 in den «Neuen Wegen» (Seite 442 f.) geschrieben habe, nachdem bekannt geworden war, daß nun auch die Russen die Atombombe haben:

«Die auf den amerikanischen Alleinbesitz der Atombombe begründete Politik, die von der Sowjetunion die Unterwerfung unter die Bedingungen des ‚amerikanischen Friedens‘ erpressen wollte, ist gescheitert... Es hätte zwar schon bisher einleuchten sollen, daß ein präventiver Atombombenangriff auf Rußland nur die außerhalb der Sowjetgrenzen stehenden russischen Armeen antreiben müßte, sich nach Westen hin in Bewegung zu setzen und damit den zu verhindernden Krieg erst recht auszulösen. Aber das scheint keineswegs allen westlichen Strategen und Staatsmännern klar gewesen zu sein. Jetzt muß man es zur Kenntnis nehmen, daß sich die Russen nichts abzwingen lassen... Wollen die beiden feindlichen Mächtegruppen den darin (in einem dennoch fortgesetzten Wettrüsten) liegenden tödlichen Gefahren ausweichen, dann bleibt ihnen eben nur der Weg der *Verständigung* über die hauptsächlichen zwischen ihnen stehenden Streitpunkte übrig.»

Es hat noch fast sechs Jahre gebraucht, bis diese Erkenntnis auch an der Spitze der Staatsführungen durchgedrungen ist. Aber wir wollen uns freuen, daß sie eben doch durchgedrungen ist und die Möglichkeit geschaffen hat, dem Kalten Krieg ein Ende zu machen, also auch einen neuen «Heißen» Krieg zu vermeiden. Es ist ein weltgeschichtlicher Durchbruch, der sich hier anbahnt, und alle guten Geister müssen jetzt zusammenwirken, um aus der nun ganz real gegebenen Möglichkeit eine endgültige Wirklichkeit zu machen.

Konsequenzen ziehen! Denn darauf kommt ja nun alles an, daß der Anlauf von Genf nicht wieder im Sand stecken bleibt, oder besser gesagt: daß die feindlichen Mächte,

die sich überall aufs neue erheben, nicht doch noch das so verheißungsvoll begonnene Werk zerstören und die Menschheit in unvorstellbares Grauen stürzen können. Bereits wird ja – wie oben angedeutet – im Westen allerorten vor der «Illusion» gewarnt, der Gegensatz zwischen den beiden Machtlagern könne friedlich überbrückt werden, und zu unentwegtem Festhalten an dem «bewährten» Kurs des Weiterrüstens gegen den tückischen Osten gemahnt, der nur scheinbar, um den Westen einzuschläfern, von Frieden und Sicherheit rede. Bezeichnenderweise stimmt man auch in der Schweiz in diese Melodie ein; man darf nur die «Neue Zürcher Zeitung» lesen, die schon das Ergebnis von Genf höchst sauersüß kommentiert hat und jetzt im alten antikommunistischen Hetzstil fröhlich weiterfährt, und man muß auch festhalten, daß der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Brin-golf, an einer Konferenz der sozialdemokratischen Internationale in London gesagt hat, Koexistenz könne es vielleicht mit den Oststaaten als solchen, niemals aber mit den kommunistischen Parteien geben (die doch die Oststaaten regieren!).

Kurz, man ist offenbar weitherum noch nicht bereit, die unausweichlichen Konsequenzen aus der Sinnlosigkeit von Krieg und Kriegsrüstungen zu ziehen. Man will seinen Kommunistenkomplex nach wie vor ungehemmt abreagieren. Man will seine gegenstandslos gewordenen Kriegsrüstungen immer noch nicht einstellen. Man betrügt sich immer noch mit der Hoffnung (die die wirkliche Illusion ist, vor der nicht eindringlich genug gewarnt werden kann), die Russen würden schließlich, zum Teil unter dem Druck innerer Schwierigkeiten, vor der militärischen und wirtschaftlichen Überlegenheit des Westens doch zurückweichen und alles zugestehen, was die «freie Welt» von ihnen fordert.

Das gilt nicht zuletzt von der Haltung der *westdeutschen* Staatsmänner und Parteien. Die ganze bisherige Politik Adenauers und seines Kreises beruht ja auf der Spekulation, daß sich die Russen zur Räumung Ostdeutschlands, ja zur Preisgabe Polens, der Tschechoslowakei usw. entschließen würden, wenn nur Westdeutschland unbeirrt aufrüste und zusammen mit dem Westblock recht kräftig auf die Sowjets und ihre Verbündeten drücke. Diese Spekulation ist in Genf rettungslos zusammengebrochen. Eisenhower, der sichtlich seine Entschlußfreiheit in einem beträchtlichen Maße zurückgewonnen und Dulles wie dessen Hintermänner in den zweiten Rang verwiesen hat, sieht ganz klar, daß für die Russen die Sicherheitsfrage allem anderen vorgeht und über Deutschland mit ihnen zu keiner Einigung zu kommen ist, solange die «Politik der Stärke» im Westen fortgesetzt wird. Und die Russen haben ihrerseits auf ihrer Heimreise in Ostberlin ganz deutlich zu verstehen gegeben, daß sie nicht den mindesten Grund haben, Ostdeutschland zu opfern, um mit den Amerikanern ins reine zu kommen; sie haben Zeit zu warten, bis ihr Sicherheitsanliegen be-

friedigt ist, und scheinen gewiß, daß sie mindestens bei Eisenhower Verständnis finden. Damit fällt aber die ganze Grundlage von Adenauers Außenpolitik in sich zusammen. In Bonn (oder Mürren, wo Adenauer zurzeit sein Hauptquartier hat) macht man zwar gute Miene zum bösen Spiel, aber alle Zeichen deuten darauf hin, daß man über die Wendung der Dinge bestürzt ist und der neuen Lage ziemlich ratlos gegenübersteht, so wenig es Herrn Adenauer im übrigen auch mit der Einigung Deutschlands pressiert.

Ratlos? Das ist vielleicht doch zu viel gesagt. Denn die *Gegenoffensive* der «ewig Gestrigen» hat ja in Westdeutschland schon begonnen. Und in den Vereinigten Staaten wird sie nicht lange auf sich warten lassen. Die Vertreter eines «aktiven Kurses» gegenüber den kommunistischen Ländern haben durchaus noch nicht abgerüstet, und man muß sich darauf gefaßt machen, daß sie alles ins Werk setzen werden, um den «schlappen» Eisenhower wieder in Form zu bringen. Hier liegt die große Gefahr der Stunde. Dennoch: *es ist eine wohl entscheidende Stunde*. Jetzt gilt es, die Wahrheit, daß der Krieg sich selber unmöglich gemacht hat, unauslöschlich stark und tief dem Bewußtsein der Völker einzuprägen und ihnen die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, mit voller Klarheit aufzuzeigen. Was eine kleine, scheinbar einflußlose Minderheit immer und immer wieder vertreten hat, muß jetzt zum Gemeingut der großen Mehrheit aller Völker werden, die ja – wie es mindestens in Westdeutschland der Fall war – nach dem Zweiten Weltkrieg bereits zur Erkenntnis ihrer wirklichen Lage erwacht schienen, sich aber durch eine raffinierte Propaganda, die an all die unheilvollen alten Instinkte appellierte, wieder vom guten Weg abbringen und in Gleichgültigkeit und Verblendung hineinführen ließen.

Eine besonders große Verantwortung liegt dabei auf den Sozialisten Westeuropas, die im besten Fall eine unsichere, widersprüchsvolle Haltung einnehmen, vielfach aber – mit ihrem sturen Antikommunismus – zu eigentlichen Stützen der «Politik der Stärke» geworden sind. Werden sie jetzt einsehen, daß es mit dieser Politik ein für allemal vorbei ist und ein neuer Weg eingeschlagen werden muß – ein Weg, der für Menschen, die dem Sozialismus Treue bewahrt haben, von Anfang an klar vorgezeichnet war? Sehen sie es nicht ein, dann haben sie die letzte Chance verloren, aus Helfershelfern des Kalten Krieges, also Schrittmachern des «Heißen» Krieges, die sie jetzt sind, wieder die Vorkämpfer des Friedens zu werden, die sie einst waren. Dann muß eben die Sammlung der Völker für den entscheidenden Friedenskampf auf anderem Boden erfolgen, so wie es neuerdings der große Kongreß von Helsinki versuchte, an dem sich Kommunisten und Pazifisten aller Richtungen ebenso duldsam wie freimütig aussprachen, einig in dem Willen, den selbstmörderischen Charakter eines neuen Krieges den Völkern völlig klar zu machen und die herrschenden Klassen zu zwingen, die Konsequenz aus dieser Tatsache zu ziehen: militärische Ab-

rüstung, Schaffung einer Ordnung kollektiver Sicherheit und friedliches Zusammenleben aller Staaten, unbeschadet der Gegensätzlichkeit ihrer Wirtschafts- und Regierungsformen.

China lebt gesünder Ich habe im letzten Heft begonnen, das neue China zu beschreiben, wie es sich mir während eines vierwöchigen Aufenthaltes in der Volksrepublik darstellte; darf ich damit jetzt zu Ende kommen? Es bleibt mir vor allem übrig, die Leistungen des Regimes auf dem Gebiete der Volksgesundheit, der Volksbildung und der Frauenbefreiung zu würdigen.

Daß sich in der Fürsorge für die *Volksgesundheit* eine große Wandlung vollzieht, ist fast mit Händen zu greifen. Unter dem alten Regime gab es eigentlich so etwas wie öffentliche Gesundheitspflege gar nicht. Daß China damals unter den Ländern der Erde mit die höchste Sterbeziffer und die kürzeste Lebensdauer hatte, wurde schon erwähnt. Hinzugefügt sei, daß es im ganzen großen Reich kaum 20 000 Ärzte gab – einen auf 30 000 Einwohner – und daß die Masse des armen Volkes ärztlicher Betreuung so gut wie vollständig entbehrte, besonders auf dem Land. Jetzt verlassen alle fünf oder sechs Jahre rund 30 000 ausgebildete Ärzte die 33 medizinischen Hochschulen, die neuerdings bestehen. Gleichzeitig wird ein zahlreiches ärztliches Hilfspersonal – Krankenpfleger und -pflegerinnen, Hebammen usw. – ausgebildet. Fast jeder Bezirk hat heute seine ärztliche Station, abgesehen von den vielen einfacheren Sanitätsposten, die über das ganze Land hin verstreut sind. Staatliche Krankenhäuser zählt man über 800 (neben den von den Gewerkschaften betriebenen Spitätern und Sanatorien) mit viermal soviel Betten als vor der Befreiung.

Besonders großzügig wird die Aufklärung des Volkes über Gesundheitspflege und Krankheitsverhütung betrieben. Jedes Jahr wird ein gut vorbereiteter Gesundheitsfeldzug geführt, an dem sich alle Schichten mit riesigem Eifer beteiligen. Aber auch sonst wird größter Wert auf sachgemäße Belehrung über Körperpflege, Reinlichkeit und Gesundheitsschutz gelegt, nicht zu reden von der planmäßigen Förderung des Sports, der sich denn auch im neuen China der größten Volkstümlichkeit erfreut. Und die Erfolge dieser alles erfassenden Fürsorge für die Volksgesundheit sind wirklich zum Erstaunen rasch sichtbar geworden. Eine Reihe früher unausrottbar gewesener Krankheiten ist fast vollständig verschwunden, so Malaria, Cholera, Pest, in den Städten auch Pocken und Ruhr. Geschlechtskrankheiten kennt man nicht mehr; «diese Seuche», so sagte uns im Pekinger Gesundheitsministerium ein Arzt, «ist aus unserem Lande vertrieben worden und wird nie wiederkehren.» Auch die Tuberkulose ist merklich zurückgegangen, besonders dank der Verbesserung der Ernährung und des Wohnens. Der Opiumgenuß, dieses dem chinesischen Volk von den Engländern in zwei Kriegen aufgezwungene Laster, gehört der Ver-

gangenheit an; Produktion von Opium wie Handel damit sind streng verboten. Der Alkoholismus ist nach meinen Beobachtungen bei weitem nicht so verbreitet wie in Europa, zumal das eigentliche Volksgetränk ja der Tee ist, der in unglaublichen Mengen und bei jeder nur denkbaren Gelegenheit von früh bis spät geschlürft wird.

Im Abschnitt über die Sozialfürsorge habe ich bereits erwähnt, wie sehr sich das neue Regime der Gesundheit von Frauen und Kindern annimmt. Die Fortschritte gegenüber dem früheren Zustand sind auch hier augenfällig. Noch 1949 starben sieben Prozent der gebärenden Frauen im Wochenbett; schon im Jahr darauf war es nur mehr ein halbes Prozent. Säuglinge (bis zu einem Jahr) starben 1949 in Peking nach den Angaben einer Ärztin 110 auf tausend, 1954 nur 46. Und die Leiterin einer Primarschule in einem sehr proletarischen Quartier Pekings versicherte mir, daß die früher bei den Kindern so verbreitet gewesene ägyptische Augenkrankheit (Trachom) heute so gut wie verschwunden sei, wie auch der allgemeine Gesundheitszustand der Schüler dank der reichlicheren und weniger einseitigen Ernährung sich wesentlich gehoben habe.

So wächst im befreiten China ein gesünderes Geschlecht heran, dessen Lebensfreude man ihm vom Gesicht ablesen kann und das vom Hungerelend der alten Zeit schon in wenigen Jahren nichts mehr wissen wird.

Die neue Volksbildung

Mit der Volksbildung war es unter dem alten Regime ähnlich schlecht bestellt wie mit der Volksgesundheit. 95 Prozent der Bevölkerung Chinas konnten weder lesen noch schreiben. Die Masse der Bauern und Arbeiter wurde – sei es aus Nachlässigkeit, sei es aus Absicht – in möglichster Unwissenheit belassen; die so reichen Bildungs- und Kulturschätze des alten Chinas waren Alleinbesitz einer feudal-bürokratischen Oberschicht. Das neue Regime erkannte es als eine seiner vordringlichsten Aufgaben, dieses Bildungsmonopol zu brechen. Und schon heute kann man sagen, daß der Analphabetismus in raschem Aussterben begriffen ist; in wenigen Jahren wird man überhaupt nurmehr verhältnismäßig wenige ältere Leute finden können, die nicht mindestens lesen können. Das Volk drängt sich geradezu in die Kurse und Schulen, die die Elementarkenntnisse vermitteln. Die Erwachsenen besuchen besondere Lehrgänge – die Arbeiter am Feierabend, die Landbevölkerung im Winter –, die Jugend geht in die Schulen, vor allem natürlich in die Primarschulen. Noch besteht keine allgemeine Schulpflicht, wohl aber ein *Recht* auf Schulung, das in dem Maße ausgeübt werden kann, in dem Lehrkräfte und Unterrichtsräume zur Verfügung stehen. Und bis ins letzte Dorf hinaus wird von diesem Rechte Gebrauch gemacht.

Ich sah mir eine kleine Dorfschule in der Mandschurei an, die früher nur von den Kindern der wohlhabenden Bauern besucht werden

konnte, die aber heute allen 300 Kindern des Ortchens offen steht. Und eine Schule in Peking, die ich inspizierte, in der vor der Befreiung nur 200 Schüler von fünf Privatlehrkräften unterrichtet wurden, zählt heute 600 Schüler mit 15 von der Gemeinde angestellten Lehrern und Lehrerinnen. Im ganzen gehen jetzt 55 Millionen Kinder in die Primarschule, die niedere und die gehobene (die etwa unserer Sekundarschule entspricht), 135 Prozent mehr als in den besten Zeiten des alten Regimes. Die Mittelschulen, die bis zur Hochschulreife führen, haben 3,5 Millionen Schüler, 160 Prozent mehr als früher; weitaus die meisten davon besuchen die technischen Anstalten. Die höheren Lehranstalten, deren Aufgabe vornehmlich in der Heranbildung des Personals für die wichtigeren Posten im Wirtschafts- und Kulturleben Chinas besteht, zählen gegenwärtig rund 256 000 Studenten, etwa 70 Prozent mehr als vor 1949; in zwei Jahren schon hofft man ihre Zahl auf über 400 000 gebracht zu haben. Fortwährend werden namentlich neue Hochschulen eröffnet; zurzeit gibt es in China 40 technische Hochschulen, 14 Universitäten mit geistes- und naturwissenschaftlichen Fakultäten, 25 landwirtschaftliche Hochschulen, drei forstwissenschaftliche, fünf volkswirtschaftliche, vier Rechts- und 33 Medizinhochschulen. Dazu kommen sechs Sporthochschulen, 14 Kunst- und Musikhochschulen, 37 Lehramtshochschulen, acht Hochschulen für Fremdsprachen usf.

Der Staat scheut keine Mittel, um die Volksbildung im weitesten Sinne zu fördern. Der Besuch der Schulanstalten aller Stufen ist – mit geringfügigen Ausnahmen – kostenfrei, namentlich auch das Hochschulstudium, das jedem begabten Studenten beiderlei Geschlechts durch Gewährung eines Vollstipendiums (Unterhalt, Lehrmittel usw.) ermöglicht wird. Im laufenden Jahr sind es zwar erst 29 Prozent aller Hochschulstudenten, die aus der Bauern- und Arbeiterschaft kommen, aber in dem Maß, als die vorbereitenden Schulstufen von Kindern aus diesen Volksschichten besucht werden – und das ist eben erst seit wenigen Jahren der Fall –, wird sich diese Zahl entscheidend erhöhen. Besondere Anstrengungen macht der Staat, um den noch immer sehr großen Mangel an Lehrkräften zu beheben; die steigende Hochachtung, die der Lehrerberuf jetzt genießt – sehr im Gegensatz zu früher –, und die bedeutend bessere Bezahlung der Lehrkräfte tragen wesentlich dazu bei, daß er dabei Erfolg hat.

Nicht übergangen sei in diesem Zusammenhang ein Doppeltes. Einmal die Erweckung der *nationalen Minderheiten in China* – es gibt ihrer mehr als 60 mit 40 Millionen Angehörigen! – zu eigenem Bewußtsein und Leben. Das trefflich ausgestattete Pekinger Institut für die Ausbildung von jungen Männern und Frauen zum Dienst in Wirtschaft und Geistesleben ihrer Heimatnation leistet hier die zentrale Aufgabe; ein immer dichteres Netz von Schulen und sonstigen kulturellen Einrichtungen in den Minderheitsgebieten besorgt die Arbeit auf

lokalem und regionalem Boden. Sodann: das neue Regime lässt trotz all den anderen, so überragend wichtigen Aufgaben, die zu erfüllen sind, dem alten *Bildungs- und Kulturerbe* Chinas die sorgfältigste Pflege zu teil werden. Ich könnte für die Gestaltung von Museen, die Förderung von Theater, Literatur und bildender Kunst, die Erhaltung und Renovierung von Tempelanlagen und Baulichkeiten aller Art Beispiele anführen, die auch europäische Fachleute in Staunen versetzt haben. Die von westlich-amerikanischem Hochmut noch immer gern als primitive Barbaren angesehenen chinesischen Kommunisten können uns da wahrlich beschämen!

Die Befreiung der Frau Wohl die größte Umwälzung aber, die das neue Regime China gebracht hat, ist die Befreiung der Frau von jahrhundertealten, schmählichen Fesseln. Im alten China war die Stellung der Frau durch die feudale Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung bestimmt. Die Wohlhabenden und Reichen leisteten sich Nebenfrauen, so viel sie vermochten und wünschten; bei den Armen war die Heirat nicht viel anders als Kauf und Verkauf, der oft schon in den Kinderjahren der zukünftigen Ehegatten abgeschlossen wurde. Die Familie des Mannes gewann dadurch eine billige Arbeitskraft, diejenige der Frau in bar oder in natura eine immer erwünschte finanzielle Beihilfe. Eigenen Willen hatte die verheiratete Frau nicht; sie war zu einer sklavenartigen Stellung verurteilt, aus der sie oft genug nur durch Selbstmord den Ausweg fand. Scheidung war ihr ebenso verwehrt wie Wiederverheiratung nach dem Tod des Mannes.

Schon die erste Chinesische Revolution (1911) nahm einen Anlauf zur Befreiung der Frau aus solcher Entwürdigung; seitdem hat mindestens der grausame Brauch, die Füße der Mädchen zu verkrüppeln und dadurch vermeintlich zu verschönern, aufgehört. Aber wirklich und konsequent befreit hat die chinesische Frau erst das neue Ehegesetz vom 1. Mai 1950. Es gründet sich, wie sein erster Artikel besagt, «auf die Freiheit von Mann und Frau in der Wahl des Ehegatten, auf die Einehe, auf die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter und auf den Schutz der rechtmäßigen Interessen der Frau und der Kinder». Die Eheschließung ist dem Mann erst mit 20 Jahren, der Frau mit 18 Jahren erlaubt. Das Recht zur Wiederverheiratung und zur freien Berufswahl ist gewährleistet. Scheidung wird erst nach langwierigen, vergeblich gebliebenen Versöhnungsbemühungen erlaubt. Beide Ehegatten haben gleiche Eigentumsrechte; die Frau kann, wenn sie will, ihren Mädchennamen weiterführen, so wie auch die Kinder den Familiennamen entweder des Vaters oder der Mutter annehmen können. Die Kinder genießen jeden möglichen Schutz; daß es (nach einem Artikel des Ehegesetzes) «strengstens verboten» ist, «Neugeborene zu ertränken oder andere ähnliche Verbrechen zu begehen», ist selbstverständlich.

Bringen diese Neuerungen, so revolutionär sie für China sind, für uns «Westler» kaum viel Nachahmenswertes, so haben wir um so mehr Grund zur Beschämung im Blick auf zwei andere Errungenschaften des neuen Regimes. Es hat nämlich erstens die *Prostitution ausgerottet*. Die öffentlichen Häuser – die in China bisher die gleiche unheilvolle Rolle gespielt haben, wie die Teehäuser sie heute noch in Japan spielen – sind geschlossen worden, und so etwas wie «freie Prostitution» kennt man als soziale Erscheinung in China auch nicht. Schon die wirtschaftliche Besserstellung der Frau, die für gleiche Leistung gleichen Lohn erhält wie der Mann, wirkt ihr entgegen. Für die sittliche und berufliche Umerziehung der ehemaligen Prostituierten ist viel getan worden; mindestens 10 000 Frauen sind so einem normalen, anständigen Berufs- oder sogar Familienleben zugeführt worden. Zum zweiten ist die chinesische Frau auch *politisch und beruflich* dem Manne durchaus *gleichgestellt*. In allen Berufen und Stellungen findet man im neuen China jetzt Frauen. In den Gemeinderäten, in den Bezirksvertretungen, in den Provinzialsräten, überhaupt in allen Behörden sitzen Frauen; der Nationalversammlung gehören 147 Frauen von insgesamt 1226 Mitgliedern an, und in der Zentralregierung bekleiden meines Wissens sechs Frauen Ministerposten. Wir Bürger der «ältesten Republik Europas» waren nicht gerade stolz, wenn wir an unsere eigenen Zustände dachten, während uns chinesische Frauen von *ihrer* Rechtsstellung erzählten . . .

Freilich, die chinesischen Frauen haben sich ihre Rechte durch ihre opfervolle Mitarbeit in der nationalen und sozialen Freiheitsbewegung redlich verdient. Es wäre nach diesen Leistungen einfach unmöglich gewesen, sie weiterhin in ihrer früheren gesellschaftlichen und politischen Abhängigkeit zu belassen, und das neue Regime hat jedenfalls – das stellt man überall fest – mit der Freisetzung der gewaltigen Kräfte, die in der Frauenwelt schlummerten, eine Hilfe beim Neuaufbau Chinas gewonnen, die schwerlich überschätzt werden kann.

Warum Kommunismus? Viele westliche Menschen, die wohl einsehen, wie völlig unhaltbar die alten Unrechtsordnungen in China waren, werden sich dennoch fragen: «Gab es denn keine andere Möglichkeit, das Problem Chinas zu lösen, als den Kommunismus? Wäre nicht auch ohne Gewaltrevolution, ohne blutigen Bürgerkrieg die Befreiung der Bauern, der Arbeiter, der Frauen möglich gewesen? Hat die Beseitigung des Hungerelends, der sozialen Ausbeutung, der Unbildung, der Volkskrankheiten nur um den Preis einer kommunistischen Diktatur geschehen können?»

Meine Antwort ist einfach: Gewiß, es wäre möglich gewesen, China zu befreien ohne Gewaltrevolution, ohne Bürgerkrieg, ohne Diktatur. Aber diese Möglichkeit wurde nicht ergriffen. Sie wurde von den einheimischen Machthabern versäumt, und sie wurde von den aus-

ländischen Mächten – den «Demokratien» Westeuropas und Nordamerikas – versäumt, die mit der chinesischen Herrenklasse verbündet waren und alles taten, um eine *friedliche* Befreiung Chinas zu verhindern. Die unvermeidliche Folge waren die Gewaltrevolution, der Bürgerkrieg und der Sturz des alten Regimes durch die kommunistische Bewegung. Soll ich an die uralte Erkenntnis erinnern, daß für die Revolution von unten immer in erster Linie die Reaktion und die Gegenrevolution von oben verantwortlich sind? In China liegt es jedenfalls klar am Tag, daß angesichts der riesengroßen materiellen Not und der geistigen Unreife der Volksmassen – die eben weder den christlichen noch den indisch-gandhistischen Weg der Befreiung kannten – entweder auf die Schaffung einer neuen Ordnung verzichtet oder der kommunistische Weg beschritten werden mußte, der schon in Rußland schließlich zum Ziel geführt hatte, soviele Leiden er auch gekostet hatte. China wählte den kommunistischen Weg.

Es versuchte zwar, mit der Revolution von 1911, zunächst den bürgerlich-liberalen Weg. In dieser Revolution konzentrierten sich all jene Reformbemühungen, die schon seit Jahrzehnten immer wieder von aufgeklärten Vertretern der herrschenden Klasse – Beamten und Intellektuellen zumeist – unternommen worden waren, mit dem Ziel, das alte feudal-absolutistische Gesellschaftsgebäude zu renovieren, aber über kurz oder lang immer wieder stecken geblieben oder einfach gewaltsam unterdrückt worden waren. Aber man weiß, was das Schicksal dieser ersten Revolution war. Sie beschränkte sich allzu sehr auf die Veränderung des politisch-rechtlichen Überbaus der chinesischen Gesellschaft, ohne ihre wirtschaftlichen Grundlagen umzugestalten. Sie tat wenig, um die halbfeudalistische Bodenbesitzordnung zugunsten der proletarisierten Bauernmassen zu beseitigen, und sie tat noch weniger, um dem räuberischen, roh ausbeuterischen Kapitalismus zu Leibe zu gehen, der von einem jungen chinesischen Bürgertum und dem Kolonialismus und Imperialismus der alten ausländischen Industriemächte getragen war. Ein revolutionäres Bürgertum, wie es in Westeuropa und Nordamerika einmal bestanden hatte, gab es in China nicht. Die chinesischen Geschäftsleute – Fabrikanten, Bankiers, Kaufmannschaft – waren weithin selber Grundbesitzer und darum mit der feudalen Herrenklasse eng verbunden; anderseits fühlten sie sich solidarisch mit den ausländischen Kapitalisten, die China zu industrialisieren und auszusaugen begonnen hatten. Mit den Volksmassen hatten sie nicht nur *keine* freundschaftliche Fühlung; sie wurden ihnen mehr und mehr feindselig gesinnt, je stärker Arbeiter und Bauern ihr Menschenrecht forderten und den Willen bekundeten, es um jeden Preis zu erkämpfen.

Als in den zwanziger Jahren *Tschiang Kai-schek* zur Macht aufstieg, begünstigte zwar die Industrie, die der fremden Konkurrenz nicht gewachsen war, die Kuomintang-Partei, die die Abschaffung der

Exterritorialität (der Sonderrechte der Ausländer) und die Herstellung der nationalen Unabhängigkeit auf ihre Fahne geschrieben hatte. «Als aber», so stellt Jack Belden («China erschüttert die Welt») fest, «nach dem Tode Dr. Sun Yat-sens der Kuomintang, im Bunde mit den Kommunisten und unter der Führung Tschiang Kai-scheks, nordwärts marschierte, enthielt sein Programm nicht nur die Beseitigung der imperialistischen Einflüsse der Westmächte, sondern auch die Herabsetzung der Pacht auf dem Lande. Als sich daraufhin nicht nur die Bauern, sondern auch die Arbeiter in den Städten erhoben, vergaß die chinesische Bourgeoisie unverzüglich ihre antiimperialistischen Gesichtspunkte und vereinte sich mit den ausländischen Mächten in Shanghai, um diese volkstümliche Bewegung zu unterdrücken.»

Tschiang Kai-shek selbst aber glitt mehr und mehr ins gleiche Fahrwasser ab. Er wurde der «starke Mann» der Gegenrevolution und – man kann es nicht anders ausdrücken – der Arbeiterschlächter, der er noch heute im Bewußtsein des chinesischen Volkes ist. Jean-Jacques Brieux, der französische Geschichtsschreiber, sagt es (in seinem Buch «La Chine, du Nationalisme au Communisme») mit dürren Worten: Trotz allem Ehrenwerten und Guten, das der Kuomintang geleistet hat, versagte er schließlich vollkommen. «Seine Arbeit hatte zum Ziel nicht die Zufriedenstellung des Volkes, der Mehrheit, sondern die Zufriedenstellung einer bestimmten Gesellschaftsschicht, der Herren, der Grundbesitzer, der Militärs, der Kaufleute, Industriellen und Bankiers – der Minderheit... Im ganzen erwies sich die Regierungstätigkeit damals fast immer als den Interessen der chinesischen Volksmasse entgegen- gesetzt; sie opferte bewußt deren Interessen denjenigen einer verschwindenden Minderheit... Als er (der Kuomintang) sich schließlich vom Volksganzen fast völlig abgeschnitten hatte, blieb ihm nurmehr übrig, zusammenzubrechen und den Platz derjenigen Partei zu überlassen, die es ihrerseits verstanden hatte, sich nie von den Massen zu trennen und sich die breiteste Volksgrundlage zu wahren, schloß sie doch nicht nur die 85 Prozent der chinesischen Volksmasse ein, die die Bauern darstellten, sondern auch die Arbeiter, die Gebildeten, die Kleingewerbetreibenden, die Angehörigen der freien Berufe. Es war kurz die Partei, die sich zur Vertreterin all dessen gemacht hatte, was nicht die Oberschicht des Kuomintang war. Zehn Jahre lang sah man den Kuomintang abnehmen, während der Kungtschuantang (die kommunistische Bewegung) immer stärker wurde. Der Zusammenbruch des einen und der Triumph des andern wurden unausweichlich. 1949 wurde das Jahr der großen Wende für China.»

Die Amerikaner trugen mit ihrem Eingreifen zugunsten des Regimes Tschiang Kai-scheks wesentlich dazu bei. Die Chinesen erwarteten von der großen Republik jenseits des Pazifik am Ende des Zweiten Weltkrieges Freundschaft und Hilfe. Statt dessen erfuhren sie Feindschaft und Boykott. Mit ihrer ostasiatischen Armee und größten Geld-

mitteln stellten sich die Vereinigten Staaten nach kurzem Zögern entschlossen auf die Seite der Gegenrevolution. Ich zitiere wieder den Franzosen Brieux: «Die Ziele der amerikanischen Politik sind von der Art, daß sie diese zur Unterstützung der ‚organisierten Gewalten‘, der ‚starken Männer‘ der herrschenden Klassen veranlassen ... Sie (die Amerikaner) machten sich zu Werkzeugen der Unterdrückungspolitik des Kuomintang und standen so auf einmal im Lager der Volksfeinde. Für das Volk war es augenscheinlich, daß sich der Kuomintang nur noch dank den amerikanischen Waffen, den amerikanischen Lebensmitteln, den amerikanischen Anleihen halten konnte ... Die Chinesen hatten die Amerikaner in den Himmel gehoben, als sie von ihnen Mehl und Penicillin bekamen; sie verfluchten sie, als sie sich von den Marauder-Flugzeugen beschossen oder von den Kugeln der Browning-Maschinengewehre niedergemäht sahen.»

Hat also Amerika – so muß man fragen –, hat der «demokratische» Westen überhaupt das geringste Recht, China einen Vorwurf daraus zu machen, daß es seine nationale wie seine soziale Befreiung nicht mit den Methoden vollzog, die in der angeblich freien Welt – besonders im Hausgebrauch – solange geübt werden, als die Klasseninteressen des kapitalistischen Bürgertums dadurch nicht gefährdet sind, die aber im Verkehr mit dem Ausland und gar mit «rückständigen» Völkern zugunsten der massivsten Gewalttätigkeit ebenso schnell wie zynisch zum alten Eisen geworfen werden? Darf man sich im geringsten wundern, daß das chinesische Volk die kommunistische Führung zur Abschüttelung seines Doppeljoches willig annahm und heute nur ein bitteres Lachen für diejenigen übrig hat, die ihm von den Segnungen der westlichen Demokratie erzählen?

Demokratie und Diktatur Aber – so werden unsere großen Demokraten ihrerseits fragen – muß die übrige Welt die kommunistische Diktatur in China einfach als unveränderliche Tatsache hinnehmen, ohne Hoffnung, daß daraus einmal ein freiheitlicheres Regime erwachse? Sie muß nicht. Aber sie muß bei aller Sehnsucht, die 600 Millionen Chinesen der politischen Demokratie gewonnen zu sehen, doch verschiedenes sehr ernstlich bedenken.

Zunächst bleibt immer, wenn von Terror und Unterdrückung der Opposition im neuen China die Rede ist, die Tatsache zu würdigen, daß China noch nicht völlig aus dem Bürgerkrieg heraus ist. Die Gegnerschaft gegen das neue Regime ist zwar viel schwächer, als sie etwa in Russland nach der Aufrichtung der Sowjetrepublik war, und demgemäß auch die Reaktion darauf. Aber verschwunden ist sie doch nicht; da und dort macht sie sich immer noch bemerkbar, gefördert natürlich von Formosa und wahrscheinlich auch vom Ausland her. Es ist noch ein letztes Kapitel des Bürgerkrieges, das hier geschrieben wird, eines Krieges also, für das – wie gesagt – vor allem die Nutznießer und

Verbündeten des alten Regimes verantwortlich sind, in dem aber seit 1949 insgesamt weniger Opfer gefallen sind als in einem einzigen Jahr zuvor. Das muß billigerweise stets gewürdigt werden.

Daß unter solchen Bedingungen die *politischen Freiheits- und Bürgerrechte*, wie wir sie (teilweise) genießen, in China nicht einfach durch Parlamentsbeschuß und Verfassungsgesetz verwirklicht werden konnten, leuchtet dem geschichtlich Denkenden ein. Dies um so mehr, als ja die Masse des chinesischen Volkes vorher niemals ein liberal-demokratisches Regime im westlichen Sinne gekannt hat. Sie vermißt es darum höchst wahrscheinlich auch gar nicht stark. Für sie heißt Freiheit nicht zuerst Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit, Oppositionsfreiheit, Schutz vor behördlicher Willkür und dergleichen, sondern *Freiheit von Not und Lebensangst*, Freiheit von Ausbeutung und Unwissenheit, Freiheit von der ständigen Bedrohung des Verhungerns. Also vor allem wirtschaftliche, soziale, kulturelle Befreiung und – nicht zuletzt – Befreiung von der Fremdherrschaft. Und diese Befreiung ist dem chinesischen Volk zuteil geworden, zuteil geworden durch die kommunistische Revolutionsbewegung. Gegenüber dem früheren Zustand hat die große Überzahl aller Chinesen – Männer, Frauen, Kinder – unendlich an Freiheit und Würde der Person gewonnen. Verloren hat nur eine sehr geringe Minderheit, deren Freiheit, die Mehrheit zu bedrücken und auszubeuten, allerdings radikal beseitigt worden ist. So empfindet es durchaus der Chinese – und wir sollten uns mit ihm freuen, daß seine Befreiung wenigstens einmal in diesem grundlegenden Hauptstück gelungen ist.

Oder wollen wir mit der so oft gehörten Behauptung, der Sozialismus setze die politische Demokratie voraus, dem chinesischen Volk im Ernst zumuten, es hätte (unter dem Regime Tschiang Kai-schek und unter der japanischen Besetzung!) zuerst den Kampf für die politische Demokratie führen sollen, um erst dann, wenn dieser Kampf siegreich geblieben wäre, an die allmähliche Reform der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnungen heranzugehen und einen Wohlfahrtsstaat nach britischem Muster aufzubauen? Das wäre lächerlichster, wirklichkeitsfernster Doktrinarismus gewesen. Man kann nun einfach nicht die politische Demokratie in jedem Land und in jeder Lage «einführen». Die Engländer, die Franzosen, die Amerikaner, die Belgier und Holländer wissen und wußten das gut genug, wenn es sich um ihre Kolonien und Schutzgebiete handelte, und unser schweizerisches Bürgertum würdigte es auch immer sehr verständnisvoll. Warum hätte nun auf einmal eines der «zurückgebliebensten» Länder der Welt wie das alte China, das die Europäer und Amerikaner selbst als Kolonie behandelt haben, den Sprung von der Diktatur in die Demokratie vollführen sollen? Will man sich nicht mehr daran erinnern, welche geistigen und wirtschaftlichen Umwälzungen nötig waren, bis sich in Westeuropa seit dem 16. Jahrhundert – um nicht weiter zurückzugrei-

fen – politische Freiheit und Demokratie durchzusetzen vermochten – soweit sie sich überhaupt durchsetzten? In der Schweiz haben wir ja noch nicht einmal die politische Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann, also im besten Fall eine halbe Demokratie. Und dabei ist im Westen, eingeschlossen Nordamerika, die politische Demokratie seit langem doch in einer Rückbildung begriffen, die auch dort schlimm genug ist, wo sich kein eigentlicher Faschismus entwickeln konnte. Seien wir darum etwas weniger selbstgerecht gegenüber den Chinesen, die nun eben einmal, aus *ihren* Verhältnissen heraus, zuerst die *wirtschaftliche* und *soziale* Demokratie zu verwirklichen trachten, um erst nach deren Festigung und Sicherstellung zur vollen politischen Demokratie weiterzuschreiten! Und helfen wir ihnen, diesen Schritt recht bald zu tun, indem wir endlich aufhören, das neue Regime in China zu boykottieren, zu bekämpfen, ja mit Krieg zu bedrohen! Solange Tschiang Kai-schek auf Formosa sitzt und unter dem Schutz der Vereinigten Staaten und ihrer Wehrmacht die Volksrepublik mit Krieg bedroht, solange Syngman Rhee von Südkorea aus mit dem Angriff auf den kommunistischen Nordstaat droht, ebenfalls mit Amerika im Rücken, ist an einen durchgreifenden Abbau der autoritären Methoden in China nicht zu denken. Sie werden als Notwendigkeit der Selbstverteidigung empfunden und aufrechterhalten, und niemand darf der Volksrepublik einen Vorwurf daraus machen, der sich nicht zugleich konsequent für die Anerkennung der nationalen und sozialen Revolution in China als einer dauernden Tatsache einsetzt.

Im übrigen muß man aber überhaupt vorsichtig sein, wenn man von einer Diktatur in China redet. Gewiß, in dem «Gemeinsamen Programm der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes» vom 29. September 1949, dem eigentlichen Grundgesetz der Volksrepublik, wird offen von einer «volksdemokratischen Diktatur» gesprochen, wenn dieser Ausdruck auch in der neuen Verfassung von 1954 nicht mehr enthalten ist und nur von einem «Staate der Volksdemokratie» die Rede ist, der «von der Arbeiterklasse geleitet wird und auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern gegründet ist». Allein Tatsache ist, daß trotz der straff autoritären Form der Pekinger Zentralregierung in den örtlichen und regionalen Körperschaften Chinas seit Anbeginn der Revolutionsbewegung, vor allem auf dem Land, die *weitestgehende Selbstbestimmung des Volkes* herrscht und die ganze Umwälzung nur auf dieser Grundlage durchgeführt werden konnte. Und erst recht Tatsache ist, daß trotz der Unterlassung «freier Wahlen» vor der Aufrichtung des neuen Regimes im Jahre 1949 die herrschende Partei durchaus den Willen der ganz großen Mehrheit des chinesischen Volkes ausdrückt und ihr nicht etwa eine Ordnung aufzwingt, die ihren Wünschen und Interessen zuwiderläuft. Professor de Castro, den ich schon im letzten Heft bei der Besprechung des chinesischen Ernährungsproblems anführte, urteilt mit gutem Recht: «Die Erfolge des

Kommunismus in China gehen meiner Ansicht nach darauf zurück, daß seine Grundsätze praktisch mit dem tiefsten Sehnen des Volkes zusammenfallen: nach Befreiung von der Hungerdrohung. Und der Hunger ist seinerseits ein Ergebnis imperialistischer Ausbeutung von Mensch und Boden.»

China und die Welt Es unterliegt darum für mich keinem Zweifel, daß ungeachtet des diktatorischen Zentralis-

mus am Sitze der Regierung Volk und Staatsführung in allem Wesentlichen einig sind. Wer die grandiose Kundgebung des Pekinger Volkes – nicht nur der Arbeiterschaft – am 1. Mai dieses Jahres miterlebt hat, der mußte spüren, daß hier keine befohlene Loyalität einer fügsamen Masse zum Ausdruck kam, sondern die innere, freie Verbundenheit aller Schichten der Nation mit einem Regime, das durchaus als das einzige mögliche und notwendige des jetzigen China empfunden wird. Das Volk hat Vertrauen zu seiner Regierung, und die Regierung hat Vertrauen zu ihrem Volk, dessen Selbstdäigkeit zu wecken ihr Hauptanliegen bei all ihren Maßnahmen ist. Weder die Agrar- noch die Schulreform, weder die Industrialisierung und Sozialisierung noch die Befreiung der Frau oder die großen Gesundheitsfeldzüge hätten auch nur von ferne die erstaunlichen Erfolge zeitigen können, die wir kennen gelernt haben, würde nicht das Volk freudig, willig und oft begeistert mit den Behörden zusammenarbeiten.

Es wäre auch durchaus verkehrt, wollte man annehmen, hier handle es sich immer nur um äußere Reformen und Einrichtungen, die mechanisch und mit recht viel Propaganda durchgezwängt würden, ohne Rücksicht auf die innere Gesinnung. Ich habe schon im ersten Teil dieses Chinaberichtes darauf hingewiesen, daß sich unter dem neuen Regime auch ein tiefgreifender *Gesinnungswandel* im Volke vollzieht und daß überall das Bewußtsein durchzudringen beginnt: Eine sozialistische Gesellschaft muß von sozialistischen Menschen getragen werden – trotz allen Vorbehalten, die wir als Christen in bezug auf den Inhalt und das Ziel dieser neuen Menschenbildung machen müssen. Und ich möchte diese Feststellung (im Juni/Juli-Heft) hier unterstreichen, wo es sich darum handelt, ihre Bedeutung für das Werden und Wirken der chinesischen Demokratie zu kennzeichnen. Mein persönlicher Eindruck ist, daß im neuen China keine Diktatur in dem Sinne vorliegt, wie man das unseren Zeitungslesern und Radiohörern suggerieren will – als «bolschewistische Tyrannei», «totalitäre Gleichschaltung» und «materialistische Entseelung der Menschen». Was an Diktatur tatsächlich festzustellen ist, das ist die Folgerung aus einem ur-alten geistigen und gesellschaftlichen Zustand, der die politische Demokratie einfach noch nicht im Vollsinn ermöglicht, die Folgerung auch aus der Bekämpfung der neuen sozialen Ordnung von innen und besonders von außen. Es wird im gleichen Grade verschwinden, in dem

diese Ursachen verschwinden. Die sogenannte freie Welt hat es größtenteils selbst in der Hand, dieses Verschwinden zu befördern, indem sie ein für allemal auf die Anfeindung des neuen China verzichtet, der Volksrepublik ihren rechtmäßigen Platz in der Organisation der Vereinten Nationen zugesteht und den Neuaufbau Chinas mit allen Mitteln – wirtschaftlich, geistig, politisch – fördert.

Jetzt ist China hinsichtlich solcher Förderung fast ausschließlich auf die Sowjetunion angewiesen, die ihm wirklich großzügige Hilfe zuteil werden läßt. Nicht weil der Kreml, wie bei uns immer gesagt wird, diese Hilfe vor allem als Mittel zu dem Zweck gewährte, China seinem «Imperium» einzuverleiben. Solche Vorstellungen sind ebenso kindisch wie die Spekulation darauf, daß umgekehrt das chinesische Riesenreich die Sowjetunion an die Wand drücken werde, wenn es einmal fest auf eigenen Füßen stehen könne. Die beiden Länder werden bei aller natürlichen Verschiedenheit ihres Aufbaus und Charakters auf alle absehbare Zeit in voller Selbständigkeit zusammenarbeiten, wo immer es sich um die Verteidigung der aufsteigenden sozialistischen Welt gegen den niedergehenden, jedoch gerade in seinem Niedergang so gefährlich aggressiven Kapitalismus und Imperialismus des Westens handelt. Aber wenn man im Westen wirklich ein China wünscht, das nicht allein auf die Sowjetunion angewiesen ist, so muß man ihm eben selbst die Anerkennung und Hilfe gewähren, die es braucht. Und man muß darüber hinaus aufhören, den Kommunismus mit den militärischen und wirtschaftlichen Gewaltmitteln ausrotten zu wollen, die unter Führung Amerikas seit zehn Jahren neuerdings so planmäßig angewandt werden. Man muß sehen, daß dem chinesischen Volk nach Lage der Dinge gar kein anderer Weg blieb, sein nationales und soziales Problem zu lösen, als die kommunistische Revolution. Und man muß sich klar sein, daß dieses Beispiel eine ungeheure Wirkung auf all die anderen Völker Asiens, aber auch Afrikas und Lateinamerikas ausübt, die in einer ähnlichen Lage sind, wie China es vor der Befreiung war. Anna Louise Strong, die amerikanische Schriftstellerin, die China – das alte und das neue – so gut kennt, übertreibt kaum, wenn sie einmal sagt: «China ist in diesem Jahrzehnt die Angel, um die sich die Welt dreht... Wenn Chinas neue Wirtschaftsform durchdringt, wird das übrige Asien nachkommen und die Mehrzahl der Menschheit in den sozialistischen Block hineinbringen. In dem Kampf unserer Zeit zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird Chinas Erfolg entscheidend für die ganze Welt sein.» An uns, am Westen liegt es, die Folgerungen aus dieser Tatsache zu ziehen. Zum gewaltigen Sturz des neuen China ist es bereits zu spät; ein Versuch, ihn dennoch herbeizuführen, müßte zur Katastrophe für seine Urheber werden. Was zögern wir also, zur friedlichen, täglichen Koexistenz mit dem neuen China überzugehen?

10. August.

Hugo Kramer